

8897

**Botschaft**

des

**Bundesrates an die Bundesversammlung  
über die Bewilligung von Objektkrediten  
für PTT-Betriebsgebäude in Basel, Bern, Genf, Horgen,  
Lugano, Luzern, Mendrisio und Münchenbuchsee  
sowie den Erwerb von Liegenschaften zu PTT-Zwecken  
in St. Gallen und Urdorf**

(Vom 29. November 1963)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir beehren uns, Ihnen eine Sammelbotschaft über die Bewilligung von Objektkrediten vorzulegen für:

*a. PTT-Betriebsgebäude*

PTT-Betriebsgebäude:	Bern Münchenbuchsee
Postbetriebsgebäude:	Genf-Cornavin Genf-Plainpalais (Erweiterung) Mendrisio
Telephongebäude:	Basel-Wallstrasse Horgen Lugano-Viganello Luzern-Tribschen

*b. den Erwerb von  
Liegenschaften*

	St. Gallen (St. Leonhardstrasse) Urdorf
--	--

Im Jahre 1962 wiesen die PTT-Betriebe einen Betriebsertrag von rund 1,55 Milliarden Franken auf und schlossen ihre Rechnung mit einem Reingewinn von 71,5 Millionen Franken ab. Dieses Ergebnis ist die Frucht der Arbeit von

40 000 Bediensteten wie auch des Einsatzes technischer Anlagen im Anschaffungswert von 3,6 Milliarden Franken.

Von den Anlagen entfallen mehr als 2,8 Milliarden Franken auf Betriebs-einrichtungen, 223 Millionen Franken auf Fahrzeuge, rund 71 Millionen Franken auf Mobiliar, Maschinen und Apparate sowie 499 Millionen Franken auf Liegen-schaften. Der Ausbau der Anlagen hält sich immer noch auf einem hohen Stand, wurden doch gegenüber dem Vorjahr 65 Millionen Franken mehr in Anlagen in-vestiert.

Im Jahre 1962 betrug der Bruttozuwachs 423 Millionen Franken, wovon 331 Millionen Franken für Betriebseinrichtungen der Fernmeldedienste aufge-wendet wurden, fast 22 Millionen Franken für Fahrzeuge, 7,5 Millionen Franken für Mobiliar, Maschinen und Apparate und 63 Millionen Franken für Liegenschaften.

Nur dank diesem starken Ausbau vermögen die Anlagen der PTT-Betriebe den technischen, betrieblichen und wirtschaftlichen Anforderungen zu genügen, müssen doch jedes Jahr neue Spitzenleistungen im Verkehr erbracht werden. So stiegen in den vergangenen fünf Jahren (1957–1962) bei den *Fernmeldediensten*

- die Zahl der Teilnehmeranschlüsse von 909 000 auf 1 228 000,
- die Gesamtzahl der taxpflichtigen Telephongespräche von 995 Millionen auf 1399 Millionen,
- die Telexverbindungen von 4,4 Millionen auf 9,7 Millionen.

Im selben Zeitraum vermehrten sich bei der *Post*

- die Zahl der Reisenden von 24,7 Millionen auf 28,7 Millionen,
- die Zahl der Briefpostsendungen von 1418 Millionen auf 1863 Millionen,
- die Zahl der Pakete von 89 Millionen auf 103 Millionen,
- der Gesamtumsatz beim Postcheck von 163 auf 256 Milliarden Franken.

Das Ausmass der Investitionen der PTT-Betriebe wird weitgehend durch die konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft diktiert. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft, die den Produktionsapparat stabilisieren und z. B. auf die Hereinnahme von Bestellungen verzichten kann, unterliegen die PTT-Betriebe der Leistungspflicht, d. h. sie müssen gegenüber jedermann die gesetzmässigen Leistungen auf dem Post- und Fernmeldesektor erbringen und ihren Produktionsapparat dementsprechend ausbauen.

Eine Verlangsamung des Ausbaues der Betriebsanlagen der PTT hätte bei den Fernmeldediensten und der Post schwerwiegende Nachteile zur Folge. So stieg z. B. die Zahl der wartenden Telephoninteressenten vom 1. Januar 1962 bis zum 30. Juni 1963, also innerhalb von  $1\frac{1}{2}$  Jahren, um über 7000 auf beinahe 30 000, und dies, obschon die PTT im Jahre 1962 mit der Einrichtung von 70 000 neuen Teilnehmeranschlüssen und 113 000 neuen Sprechstellen einen Rekord erreicht haben. Aber auch die Kabelanlagen, Zentralen und Fernbetriebs-

zentren vermögen den Ortsverkehr, der jährlich um 5–6 Prozent zunimmt, und den Fernverkehr, der sogar um je 9 Prozent, d. h. um über 50 Millionen Gespräche steigt, nur zu meistern, wenn alle diese Anlagen fortwährend ausgebaut werden.

Die Post sieht sich als personalintensiver Betrieb nicht nur wegen des Personalmangels vor grosse Schwierigkeiten gestellt: sie befindet sich zudem noch mit zahlreichen Betriebsräumen in einem Engpass, den es zu verbessern gilt, sollen neben dem Personalmangel nicht auch die mangelnden Räume und Anlagen sich negativ auf die Qualität des Postdienstes auswirken.

Die PTT-Betriebe sollten deshalb in die Lage versetzt werden, die Bauprojekte der vorliegenden Sammelbotschaft, die alle dringend sind, möglichst rasch zu verwirklichen. Die Erstellung der Neubauten und der technischen Anlagen erfolgt ohnehin oft verspätet, weil die zahlreichen Bedürfnisse nach neuen und erweiterten Anlagen wegen der herrschenden Baukonjunktur nur sukzessive erfüllt werden können. Den eidgenössischen Räten werden nach einer strengen Auswahl lediglich die allerdringendsten PTT-Bauprojekte unterbreitet.

Dem Delegierten für Arbeitsbeschaffung würde es allein unter dem Gesichtswinkel der Baukonjunktur gesehen schwer fallen, dem vorliegenden PTT-Investitionsprogramm zuzustimmen. Er ist sich aber bewusst, dass die PTT die an sie gestellten Forderungen, die sie infolge ihrer Leistungspflicht nicht umgehen können, nur dann zu meistern vermögen, wenn sie ihre Anlagen und Einrichtungen den in den letzten Jahren ständig wachsenden Anforderungen der Kundenschaft gebührend anpassen; auch setzen die weitere Entfaltung und das Wachstum unserer Wirtschaft eine gut ausgebaute Infrastruktur voraus, zu der auch die Leistungen der PTT zu zählen sind. Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung hat aus diesen Überlegungen den vorliegenden Bauprojekten ausdrücklich zugestimmt. Bei der Festlegung des Ausführungsprogramms wird versucht werden, den Baubeginn der einzelnen Objekte zu staffeln.

Die Bauprojekte sind von der Direktion der eidgenössischen Bauten oder in ihrem Auftrag von privaten Architekten in Zusammenarbeit mit der Hochbauabteilung sowie den Betriebsdiensten der PTT-Betriebe ausgearbeitet worden.

### 1. Telephongebäude Basel-Wallstrasse

In Basel benötigen die Fernmeldedienste Räume für

- drei Ortszentralen zu je 10 000 Anschlüssen,
- die Schaffung eines zweiten Telephon-Fernbetriebszentrums zur Entlastung der nicht mehr ausbaufähigen Anlagen in der Hauptpost,
- die zentrale Unterbringung der Bau-, Betriebs- und Verwaltungsbüros der Kreistelephondirektion Basel, die sich jetzt im «Weissen Haus», in der Hauptpost und an der Zwingerstrasse befinden.

Die Bauten für neue Ortszentralen, für ein zweites Fernbetriebszentrum sowie für Bau-, Betriebs- und Verwaltungsbüros sind in erster Linie wegen der Verkehrszunahme notwendig. Die Netzgruppe Basel weist folgende Entwicklung auf:

	1940	1950	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
Hauptanschlüsse . . . . .	27 512	51 895	101 625	113 735	413
Sprechstellen . . . . .	47 442	89 677	167 844	187 435	395
Ortsgespräche in Millionen	21,1	47,2	74	77,4	367
Ferngespräche, Ausgang in Millionen . . . . .	10,6	18,7	39,8	47,5	448
Gesprächseinnahmen in Mil- lionen Franken . . . . .	6,7	15,1	28,9	35,3	527

Das Stadtnetz von Basel zählt 92 000 Teilnehmeranschlüsse mit 152 000 Sprechstellen, die an sieben Orts-, eine Vororts- und drei Unterzentralen angeschlossen sind. Das Landnetz hat rund 22 000 Abonnenten mit 35 700 Sprechstellen, die über neun Knotenämter und 19 Endämter mit dem Netzgruppen-Hauptamt Basel und über dieses mit der übrigen Schweiz und dem Ausland verbunden sind. Basel ist ferner eine wichtige Kopfzentrale für den Verkehr mit Deutschland, Frankreich und den nordischen Ländern.

Die wichtigsten Anlagen der Fernmeldedienste der Netzgruppe Basel befinden sich – abgesehen von den Ortszentralen – im Hauptpostgebäude an der Rüdengasse. Es sind dort untergebracht:

- die bediente Sprechstation mit Telegrammaufgabe,
- die automatischen Ortszentralen Safran II und III mit zusammen 20 000 Anschlusseinheiten,
- das handbediente Auslandamt mit den dazugehörigen Hilfseinrichtungen,
- der Auskunftsdienst,
- die Ausrüstungen für den halbautomatischen Auslandverkehr,
- die Fernbetriebsausrüstungen für den Verkehr der Netzgruppe 061 mit der übrigen Schweiz,
- das Verstärkeramt für die Fern- und Auslandgespräche sowie für die Mehrfachtelephonie,
- das Netzgruppenhauptamt für den Verkehr von und nach den Landzentralen,
- die Stromversorgungsanlagen, Batterien und andere Hilfseinrichtungen.

Das Hauptpostgebäude Basel wurde im Jahre 1853 bezogen, zwischen 1875 und 1880 umgebaut und vergrössert und bot lange Zeit den Betriebs- und Verwaltungsdiensten der Post sowie des Telephons und Telegraphs Unterkunft. Seit 1908 verdrängte das Telephon die meisten Postdienste aus dem Gebäude, bis im Jahre 1964, wenn das Postcheckamt ausziehen wird, nur noch das Annahmeamt Basel 1 in der Hauptpost verbleibt. Aber auch die Fernmeldedienste begannen bereits vor 43 Jahren ihre Dienste an andern Orten unterzubringen:

- 1920 Verlegung der Kreistelephondirektion samt Materialmagazin und Baudienst in das «Weisse Haus», Rheinsprung 18,
- 1947 Verlegung des Telegraphenamtes in Räume der Quartierzentrale Gundeldingen,
- 1948 Beginn der Dezentralisation von Ortsteilnehmern (Quartierzentrale Gundeldingen),
- 1950 Quartierzentrale Morgartenring,
- 1953 Quartierzentrale Kleinbasel,
- 1954 Verlegung des Störungsdienstamtes an die Zwingerstrasse,
- 1958 Quartierzentrale St. Jakob,
- 1959 Quartierzentrale St. Johann,
- 1963 Quartierzentrale Binningen.

In den Jahren 1956–1958 wurde der Hof der Hauptpost sechsgeschossig überbaut, um den Bedürfnissen des sich stark entwickelnden nationalen und internationalen Fernverkehrs entsprechen zu können. Seither besteht keine Ausdehnungsmöglichkeit mehr im Hauptpostgebäude an der Rüdengasse.

Obwohl die Ortsanschlüsse fortwährend dezentralisiert wurden, konnte von den drei Safranämtern zu je 10 000 Anschlüssen nur Safran I aus dem Betrieb genommen und abgebrochen werden. Die baldige Ablösung der verbliebenen 20 000 Anschlusseinheiten drängt sich auf, weil für den Ausbau der Ausrüstungen für den internationalen Verkehr (Teilnehmerselbstwahl) dringend Raum benötigt wird und die Zentralen technisch überaltert sind. Die Betriebsqualität der Safranämter lässt zu wünschen übrig, und zudem können sie weder dem Grossverkehr der Stadtteilnehmer noch dem kommenden vollautomatischen internationalen Telefonverkehr angepasst werden. Während die Anlage Safran III sobald als möglich durch eine sogenannte Cityzentrale im gleichen Gebäude ersetzt werden soll, muss für die Anschlüsse Safran II ausserhalb der Hauptpost Raum bereitgestellt werden.

Die 2492 Ein- und Ausgangsleitungen der automatischen Fernämter I und II können auf 3272 vermehrt werden und genügen voraussichtlich noch bis 1969. Dann müssen neue Ausrüstungen bereit sein. Hinzu kommt, dass ältere, mit Störquellen behaftete Anlageteile möglichst rasch ersetzt werden sollten, was nur schrittweise mit entsprechenden grösseren Ausbauten in einem neuen Gebäude möglich ist.

Das Verstärkeramt wird gleichzeitig mit den Fernbetriebsausrüstungen erweiterungsbedürftig, da nur noch so viele Stromkreise und Verstärker installiert werden können, wie sie für den Endausbau der nationalen und internationalen Fernbetriebsanlagen in der Hauptpost erforderlich sind.

Noch dringender ist die Erweiterung des Netzgruppen-Hauptamtes (Landamt), das mit 1818 ein- und ausgehenden Verbindungsleitungen bereits voll ausgebaut ist, und wegen Raummangel nicht mehr vergrössert werden kann. Spätestens 1968 sollten zusätzliche Ausrüstungen in neuen Räumen bereitstehen.

Das Anwachsen des technischen Betriebes bringt es mit sich, dass mehr Nebenräume, wie mechanische Werkstätten und Büros für das technische Personal, erforderlich sind. Die Ausquartierung des Checkamtes wird eine gewisse Erleichterung bringen, doch benötigen die technischen Anlagen den grössten Teil der freiwerdenden Räume.

Unter Raummangel leiden aber nicht nur die technischen Einrichtungen in der Hauptpost an der Rüdengasse; auch die vor 43 Jahren im «Weissen Haus» untergebrachte Kreistelephondirektion verfügt seit Jahren über zu wenig Platz. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass im Gebiet der Kreistelephondirektion Basel sich seit 1940 vermehrten

- die Zahl der Hauptanschlüsse um 313 Prozent von 27 500 auf 114 000,
  - die Telefongesprächseinnahmen um 426 Prozent von 6,7 Millionen auf 35,3 Millionen Franken,
  - die Radio-, Telephonrundspruch- und Fernsehkonzessionen von 58 000 um 191 Prozent auf 168 000,
  - die Zahl der Motorfahrzeuge um 452 Prozent von 21 auf 116,
  - die Zahl der Geschäftsnoten von 1198 um 229 Prozent auf 3942,
- so erscheint die Personalvermehrung von 376 auf 807 oder um 115 Prozent als verhältnismässig bescheiden. Diese Zunahme von etwas über 400 Arbeitskräften stellt die Fernmeldedienste jedoch vor schwierige Probleme. Wohl wurde das «Weisse Haus» seit dem Einzug der Kreistelephondirektion im Jahre 1920 verschiedentlich umgebaut und 1954 durch die Ausquartierung der Magazine und Garagen entlastet, doch sind die Büroräume zu klein. Die Räume in dem Rokokobau am Rheinsprung sind wohl hübsch, aber für eine sich rasch ausdehnende Verwaltung unzweckmässig.

Wiederholte eingehende Prüfungen der Verhältnisse durch die Generaldirektion PTT zeigten, dass den ständig wachsenden Bedürfnissen der technischen und administrativen Fernmeldedienste in Basel nur mit einem Neubau entsprochen werden kann, da weder die Hauptpost noch das «Weisse Haus» Erweiterungsöglichkeiten bieten.

Im Dezember 1961 trat der Kanton Basel-Stadt den PTT eine für das Telefon gut geeignete Liegenschaft an der Wallstrasse im Tausch gegen das «Weisse Haus» ab. Die Tauschwerte wurden wie folgt festgesetzt:

	<b>Fr.</b>
- Areal Wallstrasse 1792,5 m <sup>2</sup> . . . . .	2 600 000
- Liegenschaft «Weisses Haus» 1874 m <sup>2</sup> mit den Gebäuden Rheinsprung 18 sowie Martinsgasse 3 und 5. . . . .	1 820 000
so dass die PTT dem Kanton Basel-Stadt zu bezahlen hatten	780 000

Auf dem Grundstück an der Wallstrasse, der Elisabethenschanze gegenüber, wo heute zwei abbruchreife Wohnhäuser stehen, soll ein Betriebs- und Verwaltungsgebäude für die Fernmeldedienste in Basel erstellt werden. Vorgesehen sind:

- Unterirdisch: 5 Untergeschosse auf der ganzen Parzellenfläche,  
1 Zwischengeschoss als Galerieeinbau in der Garagehalle.
- Trakt Bollwerk: Erdgeschoss, 6 Vollgeschosse und Liftmotorenaufbau.
- Trakt Wallstrasse: Erdgeschoss, 4 Vollgeschosse, Attikageschoss.
- Hofüberbauung: Erdgeschossiger Kantinentrakt mit Gartenhof.

Im einzelnen ist folgende Verwendung vorgesehen:

5. Untergeschoss: Kabelkeller  
Dieselzentrale  
Trafo- und Starkstromverteilung  
Heizzentrale  
Schutzräume
4. Untergeschoss: Verstärkeramt  
Hauptverteiler  
Batterieräume
3. Untergeschoss: Fernbetriebsausrüstungen  
Ortsamt I  
Werkstatt  
Klimazentrale
2. Untergeschoss: Fernbetriebsausrüstungen  
Ortsamt II  
Rohrpostzentrale  
Klimazentrale
1. Untergeschoss: Ortsamt III  
Einstellraum für ca. 17 Dienstfahrzeuge  
Garderoben  
Klimazentrale
- Zwischengeschoss: Einstellraum für ca. 10 Dienstfahrzeuge  
Velo- und Rollereinstellräume
- Erdgeschoss: Schalterraum der Kreistelephondirektion  
Ruheräume des Personals  
Magazine  
Kantine mit 120 Plätzen
- 1.-4. Obergeschoss: Betriebs- und Verwaltungsbüros der Kreistelephondirektion  
Basel
5. Obergeschoss: Büros der Kreistelephondirektion  
2 Dienstwohnungen (Attikageschoss)
6. Obergeschoss: Büros der Kreistelephondirektion  
(nur Bollwerkstrakt)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat dem projektierten Bau generell zugestimmt und die erforderlichen Bewilligungen erteilt.

Das neue Gebäude kann Quartierzentralen mit insgesamt 30 000 Nummern aufnehmen. Die Räume, die im Hauptpostgebäude durch den Wegfall von Safran II freiwerden, sind für die Ausrüstungen des manuellen und automatischen internationalen Verkehrs bestimmt, diejenigen an der Zwingenstrasse sollen für die längst notwendige Erweiterung des Telegraphenbetriebes (Telex) dienen.

Für die erweiterungsbedürftigen Fernbetriebsanlagen ergibt sich durch die Verlagerung auf zwei Standorte und die Installation von Ausrüstungen in trümmersicher-abgedeckten Untergeschossen eine willkommene Dezentralisation und Sicherung. Die kurze Distanz von nur 750 m zwischen den Gebäuden an der Rüdengasse und der Wallstrasse gestattet, die Kosten für die in grosser Zahl erforderlichen Verbindungskabel verhältnismässig niedrig zu halten. Im neuen Gebäude können insgesamt 6900 ein- und ausgehende Leitungen für die Fernbetriebsanlagen eingerichtet werden, wogegen die Hauptpost höchstens 5090 aufzunehmen vermag. Im neuen Gebäude werden im Endausbau rund 400 Bedienstete tätig sein.

Nach den detaillierten Berechnungen des privaten Architekten und der Direktion der eidgenössischen Bauten betragen die Baukosten:

	Fr.	Fr.
– Allgemeine Kosten . . . . .		16 450 000
wovon grössere Beträge entfallen auf:		
– Erd-, Maurer- und Verputzarbeiten, Lichtwände	1 543 557	
– Beton- und Eisenbetonarbeiten . . . . .	4 317 867	
– Baugrubenumschliessungen und Grundwasserisolierungen . . . . .	1 499 250	
– Metallarbeiten . . . . .	1 408 778	
– elektrische Installationen . . . . .	1 229 870	
– Ventilations- und Klimaanlage . . . . .	1 151 000	
– Diverses und Unvorhergesehenes . . . . .	875 043	
– Abbrucharbeiten . . . . .		13 956
– Kabelstollen . . . . .		831 294
– Umgebungs- und Erschliessungsarbeiten . . . . .		204 750
Der Objektkreditbedarf beträgt somit . . . . .		<u>17 500 000</u>

## 2. PTT-Gebäude über dem Postbahnhof Bern

Mit Botschaft vom 1. November 1960 haben wir Ihnen beantragt, für die Erstellung der Postbetriebsgebäude im Bahnhof Bern, bestehend aus dem Quertrakt, der Platte über den Geleisen, dem Annahmeamt längs der Bogenschützenstrasse, einem mehrgeschossigen Bürogebäude sowie dem Postbahnhof, einen Objektkredit von 55,5 Millionen Franken zu gewähren. Am 16. Dezember 1960 haben Sie diesem zugestimmt; heute ist die gesamte Anlage im Bau.

Von den Baukosten waren nach der Aufteilung in der Botschaft 6 268 200 Franken für den Postbahnhof bestimmt. Wir führten damals dazu aus, es sei vorgesehen, die Geleiseanlage des Postbahnhofs, die sich westlich der Schanzenstrasse auf dem Areal der Direktion der Gas- und Wasserwerke der Stadt Bern an die übrigen Postanlagen anschliesst, mit einer Platte zu überdecken, die später zur bessern Ausnützung des teuren Terrains überbaut werden solle.

Vorgesehen ist folgende Einteilung des Postbahnhofs:

2. Untergeschoss:   Luftschutzräume  
                           Lager  
                           Archive  
                           Werkstätten  
                           Reserve für Festverkehr  
                           Eine breite Durchfahrt unter der Schanzenstrasse erlaubt den direkten Verkehr mit dem 2. Untergeschoss des Postbetriebsgebäudes an der Bogenschützenstrasse.
1. Untergeschoss:   Keller und Lagerräume für den Bau über dem Postbahnhof.  
                           Durchfahrt unter der Schanzenstrasse zum 1. Untergeschoss an der Bogenschützenstrasse.
- Geleisegeschoss:    Postbahnhof mit Geleise- und Perronanlagen.  
                           Eine breite Durchfahrt unter der Schanzenstrasse sorgt für Verbindung mit den Betriebsdiensten an der Bogenschützenstrasse (Massenannahme) und den Diensten im Quertrakt (Paket- und Briefämter).

Bei der Vorlage der Botschaft vom 26. Februar 1963 über die Bewilligung eines Objektkredites für den Erwerb von Land und die Erstellung eines Gebäudes für die Generaldirektion PTT in Bern war die Frage der Postbahnhofüberbauung bereits weiter abgeklärt. Wir erwähnten, dass dieses Gebäude für die zukünftige Unterbringung von PTT-Verwaltungsdiensten und als allfällige spätere Erweiterungsmöglichkeit der zentralen Postbetriebsdienste eine wichtige Rolle spiele; die Botschaft werde den eidgenössischen Räten jedoch erst in einem späteren Zeitpunkt zugehen, da das Projekt noch nicht fertig ausgearbeitet sei.

Das nun vorliegende Projekt sieht auf der bereits bewilligten Betonplatte über den Geleise- und Perronanlagen des Postbahnhofs einen Stahlskelettbau vor, der ein Betriebsgeschoss mit einer Grundfläche von 2872m<sup>2</sup> und darüber einen viergeschossigen Bürotrakt mit einer Gebäudegrundfläche von 1415 m<sup>2</sup> umfasst. Um die erforderlichen Grenzabstände gegen die Nachbargrundstücke zu erhalten, musste der Bürotrakt nach Norden verlegt werden, so dass er ungefähr 6 m über das erste Geleise in das SBB-Terrain hineinragt.

Der Bürotrakt besteht aus vier gleichgrossen, rechteckigen Geschossen von je 70 m Länge und 20 m Breite; im 4. Geschoss ist neben den Büroräumen eine 4-Zimmer-Dienstwohnung vorgesehen. Die Unterteilung der Büros erfolgt durch

versetzbare Wände in Leichtbauweise, die jederzeit eine den Bedürfnissen entsprechende Raumeinteilung gewährleisten. Mit dem Bürotrakt werden bis 300 Arbeitsplätze für Verwaltungsdienste geschaffen.

Das gesamte Gebäude über dem Postbahnhof wird mit Warmwasserheizung versehen, die zusammen mit den Postbetriebsgebäuden an der Schanzen- und Bogenschützenstrasse durch das Fernheizwerk der Stadt Bern gespeien wird.

Auf der Platte sind für Besucher 24 Parkplätze für Autos und 16 für Roller geplant. Die Parkplätze für die Belegschaft werden im ersten Untergeschoss unter dem Postbahnhof bereitgestellt, die von der Bogenschützenstrasse über eine Rampe und die Unterführung unter der Schanzenstrasse erreichbar sind.

Trotz zahlreicher Schwierigkeiten, wie starke Abhängigkeit vom Bahnhofumbau, von den Anstössern, der Schanzenbrücke, den SBB-Geleiseanlagen, erschwerenden statischen Problemen sowie vom Industriegeleise im Merkurgässchen, ist ein ausgewogenes Projekt entstanden, das die zentralen Postbetriebsbauten auf der Ostseite der Schanzenstrasse in idealer Weise ergänzt. Dennoch drängt sich die Frage auf, weswegen die PTT diesen Bau schon jetzt erstellen müssen.

Für eine sofortige Ausführung des Neubaus sprechen einmal konstruktive Gründe, denn alle Fragen des Oberbaues müssen bis zum Baubeginn des Postbahnhofes entschieden sein. So hat z.B. die Stellung der Tragstützen auf die Perronanlage und die betriebstechnischen Einrichtungen im Postbahnhof Rücksicht zu nehmen; auch beeinflusst die Grösse des Oberbaues die Dimensionen der Stützen, Tragelemente und Foundationen. Die Lage des Oberbaues auf der Platte, die Zahl der Stockwerke und die Nutzlasten müssen deshalb bekannt sein. Die Gestaltung des Oberbaues beeinflusst wiederum die Zahl und Grösse der Aussparungen in der Platte für die betriebstechnischen Anlagen, die durchgehenden Aufzüge, Treppenhäuser und Lifte sowie sanitären Installationen. Den Oberbau sofort anschliessend sowie koordiniert mit dem Bau des Postbahnhofes auszuführen, ist bauorganisatorisch und finanziell zur Vermeidung von Schwierigkeiten erforderlich. Würde der Oberbau erst später erstellt, ergäben sich nach den Berechnungen der Direktion der eidgenössischen Bauten zusätzliche Kosten von mehr als einer halben Million Franken. Falls das neue Geleise der SBB dann zumal in Betrieb stehen sollte, würden die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen neue Schwierigkeiten mit weitem Mehrkosten verursachen.

Eine wichtige Rolle fällt dem neuen Bürogebäude für die Überbrückung der Raumbedürfnisse der Verwaltungsdienste der PTT-Betriebe bis zum Bezug des neuen Gebäudes für die Generaldirektion in Bern zu. Weil das Gebäude der Kreistelephondirektion Bern im Zusammenhang mit dem Bahnhofumbau abgebrochen wird, entsteht bis zum Bezug des neuen Generaldirektionsgebäudes, mit dem kaum vor 1969 zu rechnen ist, ein Bedarf von mindestens 1700m<sup>2</sup> Netto-Bürofläche, die das neue Gebäude decken könnte, da es infolge der nun gewählten Konstruktion bereits im Jahre 1966 bezugsbereit wäre. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Bauvorgang nach der Fertigstellung des Postbahnhofes nicht unterbrochen werden muss.

Aber auch langfristig gesehen besteht ein Bedürfnis der PTT-Betriebe nach Verwaltungsräumen in Bern. Wir haben bereits in der Botschaft vom 26. Februar 1963 erwähnt, dass die Generaldirektion PTT ihre Verwaltungsdienste auf Jahrzehnte hinaus im neuen Generaldirektionsgebäude beim Rosengarten und in den eigenen Liegenschaften Viktoriaplatz und Speichergasse 6 unterbringen könne, unter der Voraussetzung allerdings, dass sich die Überbauung des Postbahnhofs mit einem Betriebs- und Verwaltungsgebäude verwirklichen lasse. Denn neben den Diensten der Generaldirektion benötigen die Kreistelephondirektion, der Materialdienst sowie die Radio-Schweiz Büroräume, deren Fläche 1968 ca. 4700 m<sup>2</sup> beträgt, bis 1975 inklusive der Wertzeichenverkaufsstelle, die vorläufig in der Parkterrasse der Grossen Schanze AG eingemietet ist, jedoch auf ca. 6100 m<sup>2</sup> zunehmen wird. Selbst wenn nach dem Bezug des neuen Generaldirektionsgebäudes das Bürogebäude über dem Postbahnhof für einige wenige Jahre nicht von den PTT-Diensten benötigt werden sollte, ist deren langfristige Unterbringung in Bern ohne das neue Bürogebäude nicht möglich.

Das Betriebsgeschoss über der Platte wird nach den betrieblichen Bedürfnissen des Postbetriebes konstruiert, damit es später als Erweiterung der Postbetriebsdienste im Bahnhof Bern (Paketausgabe, Paketversand, Eilzustelldienst) dienen kann. Der 2250 m<sup>2</sup> grosse und 4 m hohe Raum, der mit Motorfahrzeugen befahren werden kann und mit dem Postbahnhof sowie den Untergeschossen durch Karren, Waren- und Personenlifte verbunden sein wird, kann vorläufig vermietet werden.

Schliesslich hat die Angelegenheit auch eine finanzielle Seite. Für den Erwerb der Liegenschaften westlich der Schanzenstrasse mussten die PTT-Betriebe im Enteignungsverfahren mehr als 6 Millionen Franken aufwenden, so dass ein erhebliches Interesse besteht, dieses wertvolle Terrain nicht bloss durch Geleise und Kellerräume auszunützen.

Die Kosten des Projekts, für das die Baubewilligung bereits vorliegt, sind mit 9 846 000 Franken veranschlagt.

### **3. Postbetriebsgebäude Genf-Cornavin**

Die Bevölkerung der Stadt Genf und ihrer Vororte nahm in letzter Zeit jährlich um mehr als 10 000 Personen zu. In Meyrin entsteht eine Satellitenstadt mit rund 20 000 Einwohnern, und die Cité Caroline mit einem Endausbau von 50 000 Einwohnern ist in voller Entwicklung. Das starke Anwachsen der Bevölkerung und die unerhört rasche Ausdehnung des Stadtgebiets von Genf wirken sich auch auf die PTT-Betriebe aus: der Verkehr nimmt in beängstigendem Ausmass zu. Zahlreiche neue internationale Organisationen und Firmen haben sich in Genf niedergelassen, was sich in einer gewaltigen Zunahme des Briefpostverkehrs auswirkte, und der Geldumsatz hat sich im Verlaufe von nur sieben Jahren verdoppelt. Die Ämter Genf 1 Mont-Blanc und Genf 2 Cornavin, die durch das zu erläuternde Projekt in erster Linie betroffen werden, verzeichnen folgende Entwicklung:

	1940	1950	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
Geldumsatz in Millionen Franken . . . . .	448	969	2050	2609	582
Wertzeichenverkauf in Millionen Franken . . .	1,8	4,2	5,9	6,8	378
Briefpost, Aufgabe in Mil- lionen . . . . .	24,3	33,3	42,9	48,6	200
Paketpost, Aufgabe in Mil- lionen . . . . .	0,69	0,90	1,31	1,43	206
Einzahlungen in Millionen .	0,61	1,24	1,65	1,70	275
Auszahlungen . . . . .	253 000	398 000	451 000	456 000	180

Das Anschwellen des Postverkehrs führte zwangsläufig zu einer Vermehrung des Personals. Betrag der Bestand in den Ämtern Genf 1 und 2 1955 noch 555 Arbeitskräfte, waren 1962 bereits 767 beschäftigt. Als Folge davon leiden die beiden Ämter unter immer schlimmer werdendem Platzmangel. Die Dienste im Gebäude Mont-Blanc sind ineinandergeschachtelt und beeinträchtigen sich gegenseitig. Die Zahl der Schalter im Annahmeamt genügt nicht, und die Fächeranlage ist zu klein. Der Briefversanddienst ist im Erdgeschoss und 1. Stock teilweise in ehemaligen Büros und im Gang der Kreispostdirektion notdürftig untergebracht; der Überseedienst musste zudem in eine Baracke auf ein Areal in Montbrillant verlegt werden, was täglich zahlreiche Transporte vom und zum Bahnhof erfordert. In der Briefausgabe stehen für 243 Mann lediglich 614 m<sup>2</sup>, somit ca. 2,5 m<sup>2</sup> pro Person zur Verfügung! Nicht viel besser sind die Verhältnisse in der Paketausgabe und im Checkamt.

Das Postamt Genf 2 Cornavin und das Bahnpostamt befinden sich in zu kleinen, schlecht unterhaltenen Räumen im Gebäude rue de Lausanne 11. Ein Teil des Versanddienstes arbeitet in der ehemaligen Postgarage. Die technischen Anlagen genügen nicht mehr; ebenso fehlt es an genügend Verladerampen für die Einsatzfourgons, stieg doch die Zahl der den Ämtern Genf 1 und 2 zugeordneten Motorfahrzeuge in den vergangenen fünf Jahren von 100 auf über 170.

Es ist nicht nur unwirtschaftlich und unrationell, wenn das Postpersonal in solch misslichen Verhältnissen den Dienst zu verrichten hat, sondern darunter leidet auch die Arbeitsfreude und innerhalb des Personalkörpers entstehen vermehrt Spannungen. Wenn auch die Hauptursachen des Personalmangels bei den PTT-Betrieben in Genf anderwärts zu suchen sind, spielen die Arbeits- und Raumverhältnisse doch eine bedeutende Rolle, wie Äusserungen austretender Bediensteter eindeutig zeigen.

Die Postbetriebe haben dieser Entwicklung nicht tatenlos zugesehen. Seit 1949 haben sie in Genf und den Vororten 14 neue Postfilialen eröffnet und 8 weitere werden demnächst folgen. Um das Hauptpostgebäude Mont-Blanc zu entlasten, haben sie ferner die Magazine des Materialdienstes sowie die Übersee-

abteilung des Briefversands nach Montbrillant verlegt. Ferner bezog die Kreispostdirektion Büros im neu ausgebauten Dachstock, wodurch der Briefversand zusätzlichen Raum erhielt. Durch Dezentralisation liessen sich die Brief- und Paketausgabe ebenfalls etwas entlasten.

Alle diese Massnahmen genügen jedoch bei weitem nicht, um die Verhältnisse in den zentralen Betriebsämtern von Grund auf zu verbessern. Um dies zu erreichen, ist die Erstellung einer Grossbaute, ähnlich der Sihlpost in Zürich, der Schanzenpost in Bern und Lausanne 2 Bahnhof, unerlässlich.

Die ersten Pläne für einen grossen Postbau in Genf gehen bis ins Jahr 1930 zurück. Seither suchten die PTT-Betriebe ständig nach Lösungen; leider immer ohne Erfolg. So sahen die Postbetriebsdienste in einem Projekt des Jahres 1956 die Paketausgabe in einem Raum unter den Bahngleisen vor, doch stimmten die SBB dem Plan nicht zu, und auch die Stadt erhob wegen der starken Belastung der rue de Lausanne durch die PTT-Motorfahrzeuge Einwände.

Im Zusammenhang mit der für das Jahr 1965 vorgesehenen Verlegung des Güterbahnhofes nach La Praille offerierten in der Folge die SBB den PTT ein Areal an der rue du Valais. Als ein Vorprojekt mit Modell erstellt war, zeigte sich die Möglichkeit, das Postbetriebsgebäude wesentlich näher beim Bahnhof, an der rue des Gares, zu erstellen. An diesem Standort wird nun ein grosses Gebäude geplant, doch herrscht hinsichtlich der zulässigen Bauhöhe, der Anschlüsse an den städtischen Verkehr usw. leider noch nicht eindeutige Klarheit. Da der Bauplatz erst nach Verlegung des Güterbahnhofes nach La Praille zur Verfügung stehen wird, kann nicht damit gerechnet werden, den Neubau vor zehn Jahren zu beziehen. Bis dahin kann der Postbetrieb aber unmöglich in den bestehenden Räumen aufrechterhalten werden.

Die sofort notwendige Entlastung kann nur durch die Erstellung eines genügend grossen Gebäudes auf dem den PTT gehörenden, teilweise bereits überbauten Areal beim Postamt Genf 2 Cornavin, zwischen den Gebäuden rue de Lausanne 11 und 19 sowie der Stützmauer des Bahnhofs erreicht werden. Die Anlage rue de Lausanne 17 mit dem Paketversand und der Sortierung Genf muss bei der Erstellung des Neubaus abgerissen werden; dagegen werden die beiden bestehenden Aufzüge von den Versanddiensten zu den Bahnhofperrons weiter verwendet. Im projektierten Bau sollen zur Hauptsache die Versanddienste für Briefe und Pakete eingerichtet werden, weil diese unmittelbar auf den Bahntransport angewiesen sind und jede abseitige Platzierung den Umlad und die Transporte wesentlich vermehren würde, was nicht nur Zeitverlust verursacht, sondern auch eine Personalvermehrung zur Folge hätte, die heute unter allen Umständen zu vermeiden ist. Der geplante Bau ist wie folgt gegliedert:

Erdgeschoss: Paketversand, Sortierung Genf.

Die Anlegeplätze für die Motorfahrzeuge des Ortstransportdienstes werden von 7 auf 12 vermehrt.

1.Obergeschoss: Überseeabteilung des Briefversandamtes und Hilfsräume.

## 2. Obergeschoss: Paketversand, Sortierung Schweiz.

Dieses Geschoss liegt auf gleichem Niveau wie die Bahnperrons und verfügt über zwei ebenerdige Zugänge zum Perron 1.

## 3. Obergeschoss: Briefversand ohne Übersee.

Die Verbindung zwischen den Geschossen stellen vier Warenaufzüge her.

Der Neubau bedingt im bestehenden Gebäude rue de Lausanne 11, dem Postamt Genf 2 Cornavin, bauliche Anpassungen. Im 1. Stock, wo sich heute Instruktionsräume und Magazine befinden, werden ein Erfrischungsraum und zusätzliche Toiletten eingebaut, denn im Neubau werden insgesamt 350 Bedienstete in Tag- und Nachtschicht arbeiten. Die Änderungen im 2. und 3. Stock beschränken sich im wesentlichen auf die Vergrößerung der Toilettenanlagen. Alle Obergeschosse werden direkt mit dem Neubau verbunden sein.

Diese Ausweichlösung erlaubt nicht nur den Paketversand zu verbessern, sondern auch die im Hauptpostgebäude Mont-Blanc untergebrachten Dienste etwas zu entlasten. Besonders gilt dies für den Briefversand, in dem sich als Sammelstelle für den Versand der Briefpost nach und vom Ausland die allgemeine Verkehrszunahme besonders kräftig auswirkt. Die Verlegung des Briefversandes nach dem Bahnhof wird zudem ermöglichen, die heute sehr zahlreichen Verbindungen zwischen Bahnhof und Post wesentlich einzuschränken, wodurch mehrere Arbeitskräfte für andere Aufgaben frei werden. Im Gebäude selbst hat die Verlegung zur Folge, dass verschiedene Dienste besser untergebracht werden können: Annahmeamt, Fächerabteilung, Briefausgabe, TT-Publikumsdienste, Telexzentrale.

Die Planung für das grosse Postgebäude an der rue des Gares darf durch den geplanten Neubau keinen Unterbruch erleiden. Der Neubau bringt wohl eine Entlastung für den Postbetrieb am Bahnhof sowie die Post- und TT-Dienste im Gebäude Mont-Blanc, die für jeden einzelnen Dienst existenznotwendig ist. Wenn die projektierte Lösung als Sofortmassnahme zweckmässig und in betriebsorganisatorischer Hinsicht die rationellste Lösung ist, darf doch nicht übersehen werden, dass der Raumgewinn für die meisten Dienste eher bescheiden, und von einer Sanierung auf weite Sicht keine Rede ist. Es muss im Gegenteil nach der Inbetriebnahme des neuen zentralen Postdienstgebäudes an der rue des Gares, die jedoch nicht vor zehn Jahren erfolgen kann, in absehbarer Zeit auch ein Neubau an der rue de Lausanne erstellt werden, der dannzumal die Beseitigung des heute geplanten Baues zur Voraussetzung hat. Deshalb ist dieser in einer finanziell günstigeren Leichtkonstruktion mit vorgefertigten Decken- und Wandplatten vorgesehen, wobei allerdings wieder eine gewisse Verteuerung eintritt, weil der Postbetrieb während des Bauvorganges aufrechterhalten werden muss.

Der Voranschlag rechnet mit Baukosten von 3 120 000 Franken, wovon 296 000 Franken auf die Anpassung des bestehenden Gebäudes rue de Lausanne 11 entfallen. Mit Rücksicht auf den vorübergehenden Charakter des Baues

wird bewusst auf die Erstellung teurer Anlagen, wie z.B. Keller, verzichtet. Trotzdem sind 9,12 Millionen Franken für eine Baute, die voraussichtlich nach zehn Jahren wieder abgebrochen werden muss, ein hoher Preis. Wenn man sich jedoch die ausserordentliche Entwicklung von Stadt und Kanton Genf vergegenwärtigt, das Anschwellen des Postverkehrs in allen Sparten, die äusserst schwierigen Personalverhältnisse, die besonderen Umstände bei der Planung der neuen Grossbaute, die fühlbaren Entlastungen und Verbesserungen für fast alle zentralen Betriebsdienste, das Interesse der Genfer Bevölkerung und Wirtschaft am Funktionieren des Postdienstes, dann steht der Betrag in einem vertretbaren Verhältnis. Während die PTT-Betriebe andernorts Übergangslösungen durch Miete fremder Objekte trafen, bleibt hier als einzige Lösung die Erstellung eines eigenen Baues. Der Endaufwand für die Baute dürfte sich um rund 400 000 Franken verringern, weil sich ein Teil der verwendeten normierten Baumaterialien nach Abbruch des Gebäudes für andere Zwecke weiterverwenden lässt (Baukastenprinzip).

Infolge der ausserordentlichen Dringlichkeit hat der Bundesrat am 8. November 1963 die PTT-Betriebe unter Vorbehalt der Zustimmung der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte ermächtigt, mit den Bauarbeiten zu beginnen und die notwendigen Materialbestellungen vorzunehmen. Hätten die PTT-Betriebe damit bis zur Beschlussfassung der eidgenössischen Räte im März 1964 zuwarten müssen, würde der Neubau erst gegen Mitte 1965 bezugsbereit sein, während er dank der Ermächtigung im November 1964 vollendet und für den nächstjährigen Festverkehr zur Verfügung stehen wird.

#### **4. Erweiterung des Postbetriebsgebäudes Genf-Plainpalais**

Mit Botschaft vom 18. Januar 1957 ersuchte der Bundesrat die eidgenössischen Räte um die Bewilligung eines Objektkredites für den Bau eines Postbetriebsgebäudes in Genf 4 Plainpalais, weil die alten, gemieteten Posträume nicht mehr genügten. Die eidgenössischen Räte bewilligten am 13. März 1957 einen Objektkredit von 520 000 Franken.

Dem Bauprojekt lag die in den Jahren 1954/55 ausgearbeitete betriebliche Planung zugrunde, wonach die neue Filiale die Postaufgabe und die Paketzustellung für das Quartier Plainpalais übernehmen sollte, während die Briefzustellung beim Hauptpostamt Genf 1 Mont-Blanc verblieben wäre. Der Bau war auf lange Sicht geplant, bot er doch die Möglichkeit, den Personalbestand von 21 auf 35 zu erhöhen.

Leider wurde diese betriebliche Lösung durch die starken Verzögerungen in der Bereitstellung geplanter neuer Postbetriebsgebäude in Genf durchkreuzt. Da für die zentralen Betriebsgebäude am Bahnhof Genf immer noch keine Lösung gefunden werden konnte, entstand für die Post- und Telephondienste in der Hauptpost Mont-Blanc eine grosse Raumnot. Der Postbetrieb musste sich dazu entschliessen, die Briefpostzustellung für das Quartier Plainpalais mit 39 Briefboten dem Postamt Genf 4 Plainpalais zu übertragen; des weitern wurde

diese Poststelle als Lehrlingspostamt bestimmt. Dadurch erhöhte sich der Personalbestand, so dass heute insgesamt 81 Personen in diesem Postamt tätig sind.

Die nachfolgenden Zahlen zeigen, welche Auswirkungen die betriebsorganisatorische Änderung auf den Verkehr des Postamtes Genf 4 Plainpalais hatte, wobei 1958 das letzte Jahr nach der alten Organisation und 1960 das erste volle Jahr mit der wesentlich erweiterten Briefpostzustellung darstellt.

	1940	1950	1958	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
Geldumsatz in Mio Franken	26,4	72,4	132	153,7	174,4	660
Wertzeichenverkauf in Fr.	183 000	422 000	511 000	649 000	988 000	540
Briefpost, Aufgabe (uneingeschriebene Sendungen)	374 000	500 000	792 000	1 063 000	1 557 000	416
Paketpost, Aufgabe	48 000	101 000	132 000	130 000	136 000	283
Einzahlungen	225 000	422 000	607 000	676 000	666 000	296
Briefpost, Zustellung (uneingeschriebene Sendungen)	210 000	396 000	630 000	14 600 000	15 650 000	7'452
Paketpost, Zustellung	106 000	216 000	284 000	314 000	321 000	304
Auszahlungen	48 000	104 000	127 000	166 000	169 000	353

Die Übertragung der Briefpostzustellung an dieses Amt zeigt mit einer Steigerung von 630 000 im Jahre 1958 auf 14 600 000 Sendungen im Jahre 1960 deutlich, weshalb das neue Postbetriebsgebäude Genf 4 Plainpalais von dem Augenblick an zu klein war, als die PTT-Betriebe durch die Verhältnisse gezwungen wurden, ihre ursprüngliche Betriebsplanung aufzugeben. Das Beispiel veranschaulicht aber auch, wie sich der Ausfall oder die Rückstellung eines Bauprojektes auf den Betrieb in einem anderen Gebäude nachteilig auswirken kann. Weil die Betriebsräume für die neuen Aufgaben zu klein waren, wurden die alten Mietlokale am Boulevard du Pont d'Arve nicht aufgegeben, sondern weiterhin für die Paketzustellung verwendet, und nur die Postannahme und die Briefzustellung zogen in den Neubau um.

Die heutige Betriebsorganisation ist unübersichtlich und unzweckmässig. Es ist notwendig, die Paketzustellung mit dem neuen Postamt Plainpalais zu vereinigen. Dadurch kann der Personalbestand verringert, also ein Beitrag zur Rationalisierung geleistet werden.

Es erweist sich als ausserordentlich günstig, dass die PTT schon im September 1957 das an das Postbetriebsgebäude Genf 4 Plainpalais angrenzende Grundstück im Halte von 413 m<sup>2</sup> erwerben konnten. Die Erweiterung des Post-

amtes wird in den bestehenden Räumen nur verhältnismässig kleinere bauliche Änderungen erfordern. Die Schalterhalle und das Postbüro bedürfen keiner Anpassung; dagegen muss der Briefbotenraum vergrössert werden, damit er statt bisher 44 nun 59 Boten Arbeitsplätze bietet, und ferner ist ein grösserer Theorieaal vorgesehen. Im neuen Anbau folgen die Paketausgabe sowie ein grosser überdeckter Posthof, in den 16 Motorfahrzeuge eingestellt werden können. Der gesamte Anbau wird unterkellert; es werden dort der Paketbotenraum, Reservräume für den Paketzustelldienst und für Fahrzeuge der Post sowie Einstellräume für Velos und Motorroller des Personals und Garderoben eingerichtet.

Es ist vorgesehen, den Umbau in drei Etappen durchzuführen, da der Postbetrieb aufrechterhalten werden muss. Zuerst soll der Posthoftrakt und anschliessend der Verbindungsbau zwischen dem bestehenden Gebäude und dem Posthof erstellt werden, worauf die Umbau- und Anpassungsarbeiten im heutigen Postamt folgen.

Die Um- und Neubauarbeiten kommen zusammen auf 924 000 Franken zu stehen.

### 5. Telephonegebäude Horgen

Mit Beschluss vom 11. Dezember 1953 haben Sie einen Objektkredit von 550 000 Franken für den Ankauf der Volksbankliegenschaft an der Ecke Seestrasse/Löwengasse in Horgen bewilligt; die Liegenschaft hätte später für die dort untergebrachten Post- und Telephondienste umgebaut und erweitert werden sollen. Die Ausführung verzögerte sich jedoch von Jahr zu Jahr, weil der bestehende Bau um 4–6,5 m über die projektierte provisorische Baulinie hinausragt, verbindliche Beschlüsse über die Verbreiterung und Neugestaltung der Seestrasse innerhalb der Gemeinde Horgen jedoch nicht erfolgten. In der Zwischenzeit hat sich die Gemeinde Horgen so rasch entwickelt, dass es sich heute nicht mehr verantworten lässt, hohe Umbaukosten in Kauf zu nehmen, weil feststeht, dass weder die PTT-Dienste gemeinsam noch der Postbetrieb oder der Fernmeldebetrieb allein im Gebäude langfristig Platz finden. Schon im Jahre 1962 erreichte Horgen die Einwohnerzahl, die von den Gemeindebehörden und der Regionalplanung für das Jahr 1985 errechnet worden war. Der Wachstumsdruck der Stadt Zürich, der wesentlich früher einsetzte als vorgesehen, hat sich auch auf die Fernmeldedienste in Horgen ausgewirkt, was sich aus der folgenden Darstellung ergibt:

	1940	1950	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
Hauptanschlüsse . . . . .	726	1263	2642	3113	429
Sprechstellen . . . . .	1114	2142	3982	4579	411
Ortsgespräche in Millionen	0,3	0,5	1	1,2	400
Ferngespräche, Ausgang in Millionen . . . . .	0,4	0,9	1,85	2	500
Gesprächseinnahmen in Franken . . . . .	171 000	375 000	757 000	841 000	492

Dauerte es 65 Jahre, bis in Horgen der tausendste Telephonteilnehmer angeschlossen war, benötigte das zweite Tausend nur noch  $8\frac{1}{2}$  Jahre, das dritte  $5\frac{1}{2}$  Jahre, und das vierte Tausend dürfte bereits in  $3\frac{1}{2}$  Jahren erreicht sein. Voraussetzung dazu war allerdings ein rascher Ausbau der längst revisionsbedürftigen Telephonzentrale im 1. Stock des PTT-Gebäudes, die in Wohnräumen und Korridoren etappenweise mit Altmaterial von 1700 auf 4000 Anschlüsse erweitert wurde. Eine weitere Vergrößerung der Zentrale, deren Anschlüsse nur noch bis 1965 für die Aufnahme neuer Abonnenten genügen dürfte, ist ausgeschlossen. Dazu kommt noch der Platzbedarf für neue Trägersausrüstungen für den Fernverkehr sowie die direkten Verbindungsleitungen mit Zürich, Thalwil, Wädenswil und Hirzel, so dass nur der Bau eines neuen Telephonzentralengebäudes eine langfristige Lösung gewährleistet.

Eingehende Untersuchungen über die ideale Lage der neuen Zentrale ergaben, dass jede wesentliche Verlegung vom bisherigen Standort sehr hohe Kosten für die Verlegung der Kabel verursachen würde. Nach langwierigen Bemühungen ist es der Generaldirektion PTT gelungen, an der Löwengasse, anschliessend an die PTT-Liegenschaft, zwei überbaute Parzellen zu erwerben; auf den neuen Grundstücken sowie auf einem Teil des bisherigen PTT-Grundstückes kann folgender Neubau erstellt werden, für den die Gemeinde die generelle Baubewilligung erteilt hat:

Untergeschoss:	Kabelkeller Batterien, Stromlieferung Fernverteilerraum Starkstrom Schutzraum Heizung
Erdgeschoss:	Hauptverteiler und Spezialausrüstungen Büros Werkstatt Eingang
1. Stock:	Wählerraum Garderoben
2. Stock:	Wählerraum Garderoben
3. Stock:	Wählerraum (Reserve) Dienstwohnung

Im 1. und 2. Stock des Neubaus finden die Knotenamtsausrüstungen, die Trägereinrichtungen sowie 20 000 Teilnehmeranschlüsse Platz; als Erstinstallation werden 8000 Anschlusseinheiten installiert. Der Reserverraum im 3. Stock kann vorläufig vermietet werden.

Die Kosten des Neubaues betragen 1 460 000 Franken, wovon 159 000 Franken für Spundwände, Betonwanne, Isolation und Unterfangen von Nachbarliegenschaften bestimmt sind.

### 6. Telephonegebäude Lugano-Viganello

Der Telephonverkehr des Ortsnetzes Lugano hat sich stark entwickelt und bringt heute rund achtmal höhere Einnahmen aus dem Gesprächsverkehr als 1940.

Ortsnetz Lugano	1940	1950	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
Hauptanschlüsse . . . . .	3 155	5 986	11 350	12 891	409
Sprechstellen . . . . .	4 875	10 050	19 915	22 611	464
Ortsgespräche in Millionen	2,4	5,1	10,2	11,8	492
Ferngespräche Ausgang in Millionen . . . . .	2,1 <sup>1)</sup>	5,5 <sup>1)</sup>	12,0 <sup>1)</sup>	14,8 <sup>1)</sup>	705 <sup>1)</sup>
Gesprächseinnahmen in Millionen Franken . .	0,8	2,3	5,4	6,8	850

<sup>1)</sup> der ganzen Netzgruppe

Ende März 1963 verfügte das Ortsamt in der Hauptpost über 14 000 Teilnehmeranschlüsse, wovon 13 351 besetzt waren. Infolge der baulichen Erweiterung des Gebäudes konnte die Ortszentrale seither auf das Maximum von 19 000 Hauptanschlüssen ausgebaut werden. Da jedoch über 800 Telephoninteressenten auf der Warteliste standen und jedes Jahr mehr als 800 Teilnehmer neu angeschlossen werden, muss auch in Lugano – wie in zahlreichen andern Städten – das Ortsamt durch Quartierzentralen unverzüglich entlastet werden. Es ist vorgesehen, als erster Schritt neue Installationen in einem zu erstellenden Gebäude auf dem Areal der PTT-Garage- und Magazingebäude Lugano-Viganello unterzubringen.

Mit Bundesbeschluss vom 22. Juni 1961 haben Sie einen Kredit von 1 270 000 Franken für den Umbau und die Erweiterung des PTT-Gebäudes Lugano bewilligt. Neben zahlreichen Verbesserungen und Umbauten im Gebäude war ursprünglich beabsichtigt, den im Jahre 1949 errichteten Teil des Gebäudes um ein und den Mittelbau um zwei Stockwerke zu erhöhen. In der Botschaft vom 21. April 1961 führten wir jedoch aus, dass die Behörden der Stadt Lugano eine Aufstockung des Neubaues abgelehnt und nur einer Erhöhung des Mittelbaues um ein Geschoss zugestimmt hatten, so dass nur beschränkt Raum gewonnen werden könne. Dieser Entscheid der Stadt hat nun zur Folge, dass demnächst das Störungsamt Sottoceneri mit den Kontrolleuren und den Monteuren, ferner der Radio- und Fernsehdienst, die Fernsehwerkstätte für mobile Videoverbindungen sowie das Instruktions- und Prüfungszimmer verlegt werden müs-

sen, um den sich rasch ausbreitenden technischen Anlagen des Telephons für die Zukunft genügend Platz zu schaffen. Der Ausbau muss jeweilen Jahre zum voraus geplant werden, damit nicht plötzlich infolge Raumnot teure Provisorien errichtet werden müssen, die beim späteren definitiven Ausbau wertlos werden. Die Generaldirektion PTT sieht deshalb vor, für die in absehbarer Zeit auszulogierenden Dienste im Neubau Lugano-Viganello den nötigen Raum bereitzustellen.

Ein Bedürfnis besteht ebenfalls nach Einstellräumen für die Kastenwagen des Telephons, deren Zahl in Lugano auf 28 gestiegen ist, wovon 25 in Viganello stationiert sind. In einer bereits bestehenden Garage sind 24 Motorfahrzeuge der Post und 12 des Telephons eingestellt, so dass bereits heute Einstellraum für 13 Kastenwagen des Telephons fehlt. Zugleich ist eine Raumreserve für weitere 11 Wagen vorgesehen.

Auf dem Areal zwischen der Via Generale Guisan und der Via Crocetto in Viganello ist folgender Neubau vorgesehen:

*Zentraltrakt:*

Untergeschoss:	Kabelkeller Batterien, Maschinen, Diesel Heizung Starkstromraum
Erdgeschoss:	Einstellraum für Motorfahrzeuge Verteilerraum
1. Stock:	Automatenraum
2. Stock:	Automatenraum

*Bürotrakt:*

Untergeschoss:	Motorenraum Luftschutzkeller
Erdgeschoss:	Werkstatt VeloEinstellraum
1. Stock:	Aufenthaltsraum Garderobe
2. Stock:	Büros
3. Stock:	Dienstwohnung Büros

Die Telephonzentrale, die im Endausbau 20 000 Anschlüsse aufnehmen wird, kann durch eine Verlängerung des Gebäudes nach Norden erweitert werden; ferner sind die nötigen Vorkehrungen getroffen, damit später der Zentralen- und Bürotrakt einzeln oder zusammen aufgestockt werden können.

Die Kosten des Neubaus sind mit 2 812 000 Franken veranschlagt.

## 7. Telephonegebäude Luzern-Tribtschen

Das Telephonortsnetz zählte Ende 1962 30 508 Hauptanschlüsse mit 48 571 Sprechstellen, die sich auf das Hauptamt, die Quartierzentrale Maihof sowie die Unterzentralen Emmenbrücke, Kastanienbaum und Meggen verteilten. Neu kam im März 1963 die Quartierzentrale Grosshof in Betrieb.

In den letzten 12 Jahren hat sich die Zahl der Hauptanschlüsse im Ortsnetz Luzern mehr als verdoppelt, was sich auch auf die Gesprächseinnahmen günstig auswirkte.

	1940	1950	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
Hauptanschlüsse . . . . .	7 381	13 662	27 080	30 508	414
Sprechstellen . . . . .	12 036	23 096	43 444	48 571	403
Ortsgespräche in Millionen	7,2	11,7	21,6	23,9	332
Ferngespräche, Ausgang in Millionen . . . . .	3,5	7,0	24,2	28,2	804
Gesprächseinnahmen in Millionen Franken . .	1,9	4,2	8,4	9,9	532

Rund die Hälfte der Telephonabonnenten des Ortsnetzes Luzern sind an das Hauptamt an der Bahnhofstrasse angeschlossen, das über eine Kapazität von 21 000 Anschlüssen verfügt. In den letzten Jahren hat im Ortsnetz die Zahl der Abonnenten jährlich um über 1600 zugenommen, so dass das Hauptamt in wenigen Jahren völlig belegt sein wird. Der heute noch freie Platz sollte aber für den Ersatz des fast 30jährigen, 10 000 Anschlusseinheiten umfassenden Ortsamtes I und die bereits bestellten Erweiterungen des automatischen Fernbetriebes, des Landamtes und Verstärkeramtes reserviert bleiben. Aber auch die im Gebäude des Hauptamtes untergebrachten administrativen Dienste benötigen infolge der starken Verkehrszunahme dringend mehr Raum. Mit der Erweiterung der Magazin- und Garagegebäude Luzern-Tribtschen werden zwar im neuen Bürotrakt Räume für den Baudienst und die Betriebswerkstätte bereitgestellt. Damit das Telephonegebäude an der Bahnhofstrasse aber entlastet und genügend Raum für die Installation der technischen Anlagen geschaffen wird, sollte auch noch der Taxaufrechnungsdienst der Kreistelephondirektion in ein neu zu erstellendes Gebäude verlegt werden.

Die Generaldirektion PTT sieht vor, auf dem bereits 1961 und im Frühjahr 1962 erworbenen Areal Tribtschen, das infolge des Beschlusses der eidgenössischen Räte vom 19. Dezember 1962 durch Hinzukauf einer Liegenschaft erheblich erweitert werden konnte, eine Quartierzentrale für 20 000 Anschlüsse sowie Räume für den Taxaufrechnungsdienst der Kreistelephondirektion Luzern wie folgt zu erstellen:

Untergeschoss:	Kabelkeller Batterien, Stromlieferung Material Luftschutzraum Heizung
Erdgeschoss:	Verteiler Zentralenraum Garderoben
1. Obergeschoss:	Zentralenraum Monteurraum
2. Obergeschoss:	Zentralenraum Büros Taxaufrechnungsdienst Garderobe

Die neue Zentrale, die im Erstausbau 8000 Nummern aufweisen soll, wird ein Quartier der Stadt Luzern bedienen, wo die Bautätigkeit und damit die Nachfrage nach neuen Telephonanschlüssen sehr gross ist.

Der Bau verursacht Kosten von 1 215 000 Franken.

### 8. Postbetriebsgebäude Mendrisio-Bahnhof

In der Botschaft vom 7. Januar 1958 über die Bewilligung von Objektkrediten für PTT-Betriebsgebäude haben wir ausgeführt, dass die Lokale des Postbetriebsgebäudes Mendrisio-Bahnhof dem gestiegenen Verkehr in keiner Weise mehr genügen. Auf Grund des von der Direktion der eidgenössischen Bauten ausgearbeiteten Projekts und Kostenvoranschlages haben die eidgenössischen Räte am 20. März 1958 für die Erstellung eines neuen Postbetriebsgebäudes in Mendrisio einen Kredit von 598 500 Franken bewilligt.

In der Folge sah sich die Direktion der eidgenössischen Bauten, unterstützt durch die Gemeinde Mendrisio, veranlasst, anstelle der Ausführungspläne für das genehmigte Projekt ein architektonisch neues Projekt vorzuschlagen. Dieses brachte, gegenüber der ursprünglichen, sich an den Tessiner Baustil anlehnenen Lösung ein etwas grösseres Gebäude in modernem Stil, das nach Auffassung der Projektverfasser und der Gemeinde besser an den gegebenen Standort beim Bahnhof Mendrisio passte. Seitens der PTT-Betriebe bestanden keine zwingenden Gründe, von dem ersten Projekt abzugehen und auch die ständige PTT-Kommission des Nationalrates vertrat die Meinung, es bestehe kein Anlass, auf den frühern Beschluss zurückzukommen (eine ständige PTT-Kommission des Ständerates bestand damals noch nicht). Da die Gemeindebehörde von Mendrisio die Baubewilligung für das ursprüngliche Projekt nicht erteilte, blieb schliesslich nichts anderes übrig, als das nachträglich ausgearbeitete Projekt weiter zu verfolgen.

Inzwischen hatten aber die SBB die Bahnunterführung neben dem Stationsgebäude verlängert und ein breites Trottoir erstellt, um den Reisenden eine ungehinderte Verbindung von den Perrons zum Bahnhofplatz zu ermöglichen. Diese Änderung zwang die PTT, die bisherige Konzeption aufzugeben, weil zwischen dem Aufnahmegebäude SBB und dem neuen Postgebäude für die Postautostation nur ungenügend Platz verblieben wäre, was die Cars mit ihren Anhängern zu schwierigen und gefährlichen Rückwärtsmanövern gezwungen hätte.

Das nun vorliegende dritte Projekt verschiebt den Postneubau in der Richtung des Bahnhofgebäudes und sieht die Postautostation zwischen dem Postneubau und dem Lagerhaus der Firma Costruma vor. Damit das neue Gebäude auf PTT-eigenem Boden zu stehen kommt, wird mit den SBB ein neuer Landabtausch notwendig. Das Areal für die Postautostation stellen die SBB den PTT in einem baurechtsähnlichen Verhältnis zur Verfügung, und ferner müssen die PTT den SBB für den dort befindlichen Roller- und Velounterstand im Untergeschoss des neuen Postbetriebsgebäudes Realersatz leisten.

Gegenüber dem früheren Projekt sind die Postbetriebsräume um rund  $\frac{1}{5}$  vergrössert. Es ist dies eine Vorsichtsmassnahme mit Rücksicht auf den seit 1958 rasch gestiegenen Verkehr.

	1940	1950	1958	1962	Index 1962 1940 = 100
Geldumsatz in Millionen Franken . . . . .	16,9	54,8	98,4	179,5	1'063
Wertzeichenverkauf in Franken . . . . .	90 500	144 700	243 000	284 600	314
Briefpost, Aufgabe (uneingeschriebene Sendungen)	360 100	569 000	536 100	759 800	211
Paketpost, Aufgabe . . . . .	60 900	93 600	139 200	162 100	277
Einzahlungen . . . . .	19 000	45 300	71 200	101 600	535
Briefpost, Zustellung (uneingeschriebene Sendungen) in Millionen . . . . .	0,57	1,15	1,41	1,63	286
Paketpost, Zustellung . . . . .	30 700	73 400	91 500	106 700	347
Auszahlungen . . . . .	13 100	22 700	32 700	38 700	295
Postreisende . . . . .	75 700	353 000	748 400	737 600	974

Das von der Direktion der eidgenössischen Bauten ausgearbeitete Projekt in moderner Architektur sieht ein eingeschossiges Gebäude mit einem Dachaufbau mit folgender Einteilung vor:

Untergeschoss:      Archiv  
                          Schutzräume  
                          Heizung  
                          Einstellräume für Velos und Motorroller des PTT-Personals  
                          Einstellräume für Velos und Motorroller des SBB-Personals

Erdgeschoss:	Schalterraum Postbüro Paketraum.
Obergeschoss:	Garderobe 1-2 Wohnungen oder Atelierräume.

Die Fundamente und die tragenden Elemente des Gebäudes sind so vorgehen, dass später aufgestockt werden kann.

Der Aufstell- und Abfertigungsplatz für die Postautokurse befindet sich auf der Südseite des PTT-Gebäudes und wird völlig überdeckt.

Die Gemeinde Mendrisio ist mit dem neuen Bauprojekt einverstanden und hat bereits eine provisorische Baubewilligung erteilt.

Die Kosten des Bauvorhabens werden von der Direktion der eidgenössischen Bauten auf 1 800 000 Franken veranschlagt. Im Vergleich zum ursprünglichen, von den eidgenössischen Räten genehmigten Projekt, ergeben sich somit Mehrkosten von rund 1,2 Millionen Franken. Diese wesentliche Verteuerung ist in erster Linie auf die ausserordentliche Bauteuerung im Kanton Tessin zurückzuführen, werden doch für die Erstellung desselben Baukubus schätzungsweise 600 000 Franken mehr benötigt als nach dem Voranschlag des Jahres 1957. Rund 200 000 Franken zusätzliche Kosten entfallen auf die Vergrößerung des Postbetriebsraumes und ca. 400 000 Franken auf die Vordächer des Gebäudes sowie die Überdeckung der Postautostation, deren Kosten im ursprünglichen Projekt nicht enthalten waren. Der früher bewilligte Objektkredit von 598 500 Franken fällt somit dahin.

Die nicht teuerungsbedingten Mehrkosten sind somit in erster Linie auf die Verbesserung der Anlagen für den Postreisedienst und ferner auf eine gewisse Vergrößerung und bessere Gestaltung der Betriebsräume zurückzuführen.

### 9. PTT-Betriebsgebäude Münchenbuchsee

Die Einwohnerzahl der Gemeinde Münchenbuchsee hat in den letzten Jahren infolge des Wachstums der Stadt Bern rasch zugenommen. Das kleine in der Nähe der Bahnstation eingemietete Postamt, das 1892 bezogen und letztmals 1937 vergrößert wurde, genügt den Bedürfnissen in keiner Weise mehr; es sind zu wenig Schalter vorhanden, und die Zusteller müssen die Pakete im Freien sortieren, weil der nötige Betriebsraum fehlt.

Die Telephonzentrale Münchenbuchsee, die auch die umliegenden Gemeinden bedient, ist seit 1938 im selben Gebäude wie die Post installiert und umfasst 900 Hauptanschlüsse, die bereits 1964 voll belegt sein werden. Eine Erweiterungsmöglichkeit besteht weder für die Post- noch für die Telephonbetriebsräume.

Die rasche Zunahme des PTT-Verkehrs, wie sie sich in Münchenbuchsee insbesondere in den letzten Jahren abzeichnete, erlaubt auch auf die zukünftige Entwicklung zu schliessen:

	1940	1950	1960	1962	Index 1962 1940 = 100
<i>Post</i>					
Geldumsatz in Millionen					
Franken . . . . .	8,6	20,4	34,5	40,1	466
Wertzeichenverkauf Fr. . . . .	44 000	60 000	67 000	77 000	174
Briefpost, Aufgabe . . . . .	227 000	208 000	254 000	302 000	133
Paketpost, Aufgabe . . . . .	29 000	29 000	31 000	34 000	118
Einzahlungen . . . . .	34 000	55 000	88 000	104 000	305
Briefpost, Zustellung . . . . .	431 000	532 000	747 000	1 072 000	249
Paketpost, Zustellung. . . . .	21 000	35 000	45 000	49 000	230
Auszahlungen . . . . .	7 000	10 000	17 000	18 000	264
<i>Telephon</i>					
Hauptanschlüsse . . . . .	197	355	612	745	378
Sprechstellen . . . . .	243	457	789	943	388
Ortsgespräche . . . . .	51 000	105 000	160 000	184 000	363
Ferngespräche, Ausgang . . . . .	124 000	252 000	432 000	486 000	394
Gesprächseinnahmen, Fr. . . . .	36 000	88 000	156 000	193 000	531

Im Jahre 1961 bot sich der Generaldirektion PTT die erwünschte Gelegenheit, neben dem Bahnhof ein für Post und Telephon günstig gelegenes Grundstück im Halte von 1707 m<sup>2</sup> zu erwerben. Das vorliegende Bauprojekt sieht im Hinblick auf die in Münchenbuchsee zu erwartende Bevölkerungszunahme für die Post- und Telephonbetriebe genügend Reserveräume vor, die vorläufig noch vermietet werden können. Vorgesehen ist ein Posttrakt und ein Telephontrakt mit folgender Raumeinteilung:

*Posttrakt:*

Untergeschoss: Garderobe und Archiv  
Luftschutz  
Heizung  
Lagerraum (vorläufig vermietbar)

Erdgeschoss: Schalterraum  
Postbüro  
Paket- und Botenraum  
Raum für spätere Erweiterung der Post  
(vorläufig vermietbar)

*Telephontrakt:*

Untergeschoss: Kabel  
Gleichrichter  
Batterien

Erdgeschoss: Telephonzentrale für 4200 Anschlüsse



sambetrag von 570 000 Franken selber zu bezahlen, um damit in den Genuss eines wesentlich niedrigeren Mietzinses zu kommen. Der Kaufrechtspreis beträgt demzufolge nur noch 2 870 000 Franken, von dem die im Mietzins inbegriffene jährliche Amortisation von 19 400 Franken in Abzug kommt, so dass inklusive Handänderung für den Erwerb der Liegenschaft ein Objektkredit von 2 760 000 Franken erforderlich ist.

### **11. Erwerb einer Liegenschaft für Telephonzwecke in Urdorf**

Die Magazine der Kreistelephondirektion Zürich (Apparatemagazine, Linienmagazine, Lagerplätze für schweres Linienmaterial, Kabelstangenmontage, Werkzeugmagazine, Autoreparaturwerkstatt, Einstellräume), die sich an der Hardturmstrasse/Förrlibuckstrasse befinden, leiden unter Raumnot und lassen sich nicht mehr erweitern. Der Materialverbrauch hat sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht, und entsprechend nahm auch der Güterumschlag zu, so dass die Schaffung neuer Magazine und Lageranlagen unumgänglich ist.

Es bietet sich nun die Gelegenheit, zwischen Urdorf und Birmensdorf ein Areal von rund 30 000 m<sup>2</sup> zum Preise von 150 Franken pro m<sup>2</sup>, gesamthaft somit für ca. 4,5 Millionen Franken, zu erwerben, wobei der Verkäufer auf seine Kosten die im Quartierplan vorgesehenen Erschliessungsstrassen, das Industriegeleise mit einem Anschluss auf das Kaufsareal, die Kanalisation und die Wasserzuleitung erstellt. Diese Kaufsmöglichkeit ist für die PTT-Betriebe einmalig, da sich im Umkreis von 10 km von der Stadt Zürich kaum anderes Terrain in dieser Grösse finden lässt, das über ein Industriegeleise verfügt und sich dank der guten Strassenverbindung für das geplante zentrale Magazin der gesamten Ostschweiz für Schwermaterial des Telephons gut eignet.

Weil der Verkäufer nicht gewillt war, den Abschluss des Vertrages hinauszuschieben, bis die eidgenössischen Räte dem Geschäft zugestimmt hatten, ermächtigte der Bundesrat die PTT-Betriebe am 3. September 1963, dem Verkäufer ein Hypothekendarlehen im Betrage von 2 765 000 Franken zu gewähren, das durch die in Frage stehende Liegenschaft grundpfändlich sichergestellt ist, wogegen dieser den PTT-Betrieben ein bis zum 31. Dezember 1964 befristetes Kaufrecht einräumte. Damit das Kaufrecht rechtzeitig ausgeübt werden kann, ersuchen wir Sie um Bewilligung des Kaufpreises von 4 500 000 Franken, wozu 60 000 Franken für die Handänderungskosten kommen, so dass sich ein Objektkredit von 4 560 000 Franken ergibt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen die Annahme des beiliegenden Entwurfs für einen Bundesbeschluss über die Bewilligung von Objektkrediten für PTT-Betriebsgebäude in Basel, Bern, Genf, Horgen, Lugano, Luzern, Mendrisio und Münchenbuchsee im Gesamtbetrage von 39 667 000 Franken sowie den Erwerb von Liegenschaften zu PTT-Zwecken in St. Gallen und Urdorf von zusammen 7 320 000 Franken.

Über die Verfassungsmässigkeit der Vorlage halten wir fest, dass sich die Zuständigkeit der Bundesversammlung aus Art. 13, Buchstabe *f*, des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1960 über die Organisation der Post-, Telephon- und Telegraphenbetriebe<sup>1)</sup> ergibt, das sich seinerseits auf die Art. 36 und 85, Ziffer 10 der Bundesverfassung stützt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 29. November 1963.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates:

Der Bundespräsident:

**Spühler**

Der Bundeskanzler:

**Ch. Oser**

---

<sup>1)</sup> AS 1961, 17.

---

(Entwurf)

**Bundesbeschluss**

über

**die Bewilligung von Objektkrediten für PTT-Betriebsgebäude  
in Basel, Bern, Genf, Horgen, Lugano, Luzern, Mendrisio  
und Münchenbuchsee sowie den Erwerb von Liegenschaften  
zu PTT-Zwecken in St. Gallen und Urdorf**

Die Bundesversammlung  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 29. November 1963,  
beschliesst:

**Art. 1**

Für PTT-Zwecke werden folgende Objektkredite bewilligt:	Fr.
1. Telephongebäude Basel-Wallstrasse . . . . .	17 500 000
2. PTT-Gebäude über dem Postbahnhof Bern . . . . .	9 846 000
3. Postbetriebsgebäude Genf-Cornavin . . . . .	3 120 000
4. Erweiterung des Postbetriebsgebäudes Genf-Plainpalais . . . . .	924 000
5. Telephongebäude Horgen . . . . .	1 460 000
6. Telephongebäude Lugano-Viganello . . . . .	2 812 000
7. Telephongebäude Luzern-Tribschen . . . . .	1 215 000
8. Postbetriebsgebäude Mendrisio-Bahnhof . . . . .	1 800 000
9. PTT-Betriebsgebäude Münchenbuchsee . . . . .	990 000
10. Erwerb einer Liegenschaft für Postzwecke in St. Gallen (St. Leonhardstrasse) . . . . .	2 760 000
11. Erwerb einer Liegenschaft für Telephonzwecke in Urdorf . . . . .	4 560 000

An den Bauprojekten dürfen im Rahmen der genehmigten Objektkredite noch jene Änderungen vorgenommen werden, die sich nachträglich als notwendig erweisen.

**Art. 2**

Dieser Beschluss ist nicht allgemein verbindlich und tritt sofort in Kraft.  
Der Bundesrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

**Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bewilligung von  
Objektkrediten für PTT-Betriebsgebäude in Basel, Bern, Genf, Borgen, Lugano, Luzern,  
Mendrisio und Münchenbuchsee sowie den Erwerb von Liegenschaften zu PTT-Zwecken  
in St. Ga...**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1963
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	49
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	8897
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.12.1963
Date	
Data	
Seite	1333-1361
Page	
Pagina	
Ref. No	10 042 341

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.